



Protokollauszug

zum AUSSCHUSS FÜR BILDUNG, SPORT UND SOZIALES

am Mittwoch, 24.10.2018, 17:05 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 1

**Kreispflegeplanung - Bericht des Landratsamtes
Ludwigsburg**

Vorl.Nr. 352/18

Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Änderungswünsche zur Tagesordnung liegen nicht vor.

Frau **Dierbach** (Landratsamt Ludwigsburg) informiert über die Kreispflegeplanung anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt. Insbesondere geht sie auf die Bevölkerungspyramide des Landkreises Ludwigsburg für das Jahr 2025 ein. Weiter berichtet sie über die Dauerpflege, die Kurzzeitpflege, sowie die Tagespflege und erläutert den Bedarf und die gesetzlichen Anforderungen, wie auch die Herausforderungen der Einrichtungen. Frau Dierbach geht auf die Situation in Ludwigsburg ein.

EBM **Seigfried** dankt für den Vortrag. Ludwigsburg habe lange eine privilegierte Situation gehabt. Dies ändere sich. Erste Gespräche mit Trägern laufen. Man sei in einem frühen Stadium der Planung neuer Konzepte. EBM Seigfried eröffnet die Aussprache.

Stadtrat **Meyer** wolle ebenso das obere Viertel der Bevölkerungspyramide ansprechen. Das untere Viertel werde häufig diskutiert. Die Wortwahl der Vergreisung sei nicht glücklich gewählt, hier wünsche er einen sensiblen Umgang. Weiter spricht er die Landesheimbauverordnung und den Pflegekräftemangel, sowie die Wartelisten bei den Trägern, an. Der Aufwand für die Erfüllung der Heimverordnung werde immer höher. Die hohen Baupreise und der Grundstücksmangel mache die Situation nicht einfacher. Die Kurzzeitpflegeplätze seien für die Träger nicht lukrativ. Die Pflegenot der Angehörigen sei immens. Ergänzungsbauten sollen gut begleitet werden.

Man müsse präventiv tätig werden, so Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit**. Es solle jeder Stadtteil, quartiersorientiert, versorgt sein. Sie spricht das fehlende Pflegepersonal an. Weiter solle über neue Wohnformen und andere Möglichkeiten nachgedacht werden.

Anstatt vorhandene Pflegeheime zu erweitern, wünsche sich Stadträtin **Orzechowski** diese dezentral in allen Stadtteilen. Hier sehe sie Vorteile unter anderem in der kurzen Distanz zur Familie, weniger Individualverkehr, Pflegebedürftige könnten im gewohnten Umfeld bleiben und die Angehörigen eventuell unterstützend helfen. Bei der Kurzzeitpflege gebe es einen großen Bedarf. Sie gehe davon aus, dass mehr Angehörige die Pflege übernehmen würden, wenn mehr Plätze verfügbar seien.

Für den umfangreichen Bericht dankt Stadträtin **Moersch**. Ludwigsburg habe einen Nachholbedarf. Viele ältere Menschen haben einen Pflegebedarf, wollen aber auch meist im häuslichen Umfeld bleiben. Sie empfiehlt den Pflegestützpunkt rechtzeitig zu kontaktieren. In die

Tagespflege, wie auch die Kurzzeitpflege, müsse investiert werden. Hier brauche man die Unterstützung der freien Träger. Über besondere Wohnformen solle nachgedacht werden. Sie sei zuversichtlich.

Stadtrat **Heer** stimmt seinen Vorrednern zu. Weiter geht er auf die Landesheimbauverordnung ein. Die Verordnung solle geändert und Ausnahmetatbestände berücksichtigt werden, dies könne die Situation entschärfen. Der Bedarf an Kurzzeitpflege bestehe. Erinnern wolle er an das gute dezentrale Konzept der Kleeblatt-Heime.

EBM **Seigfried** fügt hinzu, dass man in der Stadt über ein gutes dezentrales Versorgungskonzept mit einer guten Qualität verfüge, wie auch ein gutes ambulantes System, welche ausgebaut werden können. Man habe eine freie Marktsituation. Die Träger in Ludwigsburg seien gut und man sei dankbar, diese zu haben. Zudem seien diese mit einem kirchlichen oder caritativen Hintergrund ein Garant für eine zusätzliche Qualität in den Einrichtungen. Zukünftig sollen Pflegewohngemeinschaften eingerichtet werden. Eine besondere Herausforderung sei die Umsetzung der Landesheimbauverordnung. Hier müssen einige Träger Doppelzimmer abbauen, wodurch ein Bau- und Erweiterungsbedarf an einigen Standorten entstehe. Private Wohnungen werden durchaus für eventuelle Pflegekräfte freigehalten. Eine ernsthafte Auseinandersetzung mit der Pflege im Alter müsse mehr präsent sein, so EBM Seigfried und schließt diesen TOP.

Beratungsverlauf:

Frau **Clauss** und Frau **Wollandt** (Fachbereich Bürgerschaftliches Engagement und Soziales) berichten über die Arbeit des Pflegestützpunktes anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt. Sie gehen insbesondere auf die Bevölkerungspyramide, Haushalte mit einer Person ab 80 Jahren, Allgemeines zum Pflegestützpunkt, sowie die Inhalte der Beratungsschwerpunkte ein. Zudem wird die Beratungsarbeit anhand von Fallbeispielen aufgezeigt. Der Beratungsverlauf sei individuell. Weitere Aufgaben des Pflegestützpunktes seien die Netzwerkarbeit, Projektarbeit, Veranstaltungen und Fachvorträge.

EBM **Seigfried** dankt für den Vortrag und merkt an, dass das Qualitätsmerkmal eines Pflegestützpunktes in der Rückmeldung der Beratenden liege. Der Pflegestützpunkt leiste eine trägerunabhängige Beratung. Es sei eine wichtige Unterstützung vor Ort. EBM Seigfried eröffnet die Aussprache.

Stadtrat **Köhle** sieht den Pflegestützpunkt in Ludwigsburg als wichtig und dankt den Vortragenden. Er wolle noch wissen, ob eine Unterstützung durch Ehrenamtliche, zusätzlich zur Netzwerkarbeit, möglich sei. Weiter sollen die Nachbarschaftsnetzwerke gestärkt werden.

Ebenso ihren Dank für das Engagement, die gute Beratungsarbeit und die Kompetenz spricht Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** aus. Das dezentrale Angebot sei sehr gut. In Deutschland seien

eine Million Menschen demenzkrank. Man benötige eine ausgeglichene Gesellschaft. Sie wünsche weiterhin viel Kraft.

Stadtrat **von Stackelberg** dankt ebenso dem Team für die tägliche Arbeit. Die SPD unterstütze dieses Angebot. Weiter spricht er die Planung in den Stadtteilen Eglosheim und Grünbühl an und geht insbesondere auf die Vergreisung von Stadtteilen und die Veränderung der Strukturen in den Stadtteilen ein. Zudem interessiere ihn, ob die Angebote kostenfrei seien und ob es ein Nachsorgesystem gebe.

Die Vorlage, sowie der Bericht zeigt auf, dass der Pflegestützpunkt wichtig ist, so Stadtrat **Dengel**. Auch die bürokratische Unterstützung, bezüglich Antragstellungen auf Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch, sei für die Betroffenen eine große Hilfe.

Der Pflegestützpunkt sei eine wichtige Stütze und ein guter Ansprechpartner, so Stadtrat **Heer**. Er wünscht für die weitere Arbeit alles Gute.

EBM **Seigfried** fügt hinzu, dass eine Steigerung des Altersdurchschnitts nicht zu befürchten sei. Man habe außergewöhnlich breite Geburtenquoten. Dennoch werde die Anzahl der über 80 Jährigen ansteigen. Weiter geht er auf das breite Spektrum der Pflegedienstleister ein. Der Stützpunkt leiste hier eine Pflegeberatung.

Frau **Sperzel** (Fachbereich Bürgerschaftliches Engagement und Soziales) geht auf die offenen Fragen ein. Eine Ausdehnung der Beratungsarbeit auf ehrenamtlicher Basis sei aufgrund strenger Richtlinien nicht möglich. Dies sei lediglich in der Projektarbeit möglich. Der Ausbau der Nachbarschaftsnetzwerke und die Begleitung seien dem Fachbereich wichtig.

Frau **Clauss** ergänzt, dass man sich aufgrund der bestehenden Stadtteilarbeit und Infrastruktur bewusst auf diese Stadtteile konzentriert habe. Das bewährte Konzept werde dann auf die anderen Stadtteile übertragen. Die Angebote seien kostenfrei. Bei der Beratungsarbeit solle keine Abhängigkeit aufgebaut werden. Der Grundsatz sei die Hilfe zur Selbsthilfe.

EBM **Seigfried** dankt für das Feedback und schließt diesen TOP.

Beschluss:

Der 1. Tanzclub Ludwigsburg e.V. erhält als Ausrichter der Deutschen Meisterschaft Tanzen Standard am 03.11.2018 einen Zuschuss in Höhe des Abmangels, höchstens jedoch 10.000 € (mit Kostennachweis).

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Beratungsverlauf:

Nachdem kein Sachvortrag gewünscht wird, eröffnet EBM **Seigfried** die Aussprache.

Stadtrat **Köhle** will wissen, warum die Vorlage erst jetzt komme. Zudem vermisse er Werbung für diese Veranstaltung.

Herr **Dahler** (Fachbereich Sport und Gesundheit) geht darauf ein und merkt an, dass der Antrag auf Zuschuss erst jetzt aufgenommen werden konnte. Erstmals sei die Zielrichtung eine andere. Im Forum gebe es deutlich weniger Plätze. Der Kartenvorverkauf laufe gut. In den Fachzeitschriften sei die Werbung erfolgt, so der anwesende Vereinsvorstand.

Nachdem es keine weiteren Fragen gibt, lässt EBM **Seigfried** über die Vorlage abstimmen.

Beschluss:

Die Schützengilde Ludwigsburg 1845 e.V. erhält für die Sanierung der elektronischen Scheibenanlage der 10 m Luftdruckdisziplinen bei anrechenbaren Kosten in Höhe von gerundet 30.000 € einen Zuschuss gemäß den städtischen Sportförderrichtlinien von 50 % der Kosten, höchstens jedoch 15.000 €.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 12 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung mehrheitlich gefasst.

Nicht anwesend: Stadträtin Steinwand-Hebenstreit

Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** begrüßt die anwesenden Vereinsvertreter und eröffnet die Aussprache.

Stadtrat **Link** merkt an, dass die Schützengilde eine stabile Mitgliederzahl und eine gute Jugendarbeit habe. Er könne der Vorlage zustimmen.

Stadtrat **Kasdorf** teilt mit, dass es in seiner Fraktion durchaus eine Skepsis beim Umgang mit Waffen vorliege und es in der Zustimmung keine Einigkeit gebe. Die Vereine sollen dennoch in der Förderung nicht unterschieden werden. Er werde zustimmen.

Stadtrat **von Stackelberg** folge gerne der Empfehlung des Stadtverbandes und werde zustimmen. Er sehe dies als klassischen Fall einer Sportförderung.

Die Schießanlagen müssen dringend für den Wettkampfsport saniert werden, so Stadtrat **Weiss**. Positiv sehe er, dass ein großer Teil der Finanzierung selbst gestemmt werde. Leistungssport sei genauso wichtig wie Breitensport. Zudem sei die Schützengilde ein Traditionsverein. Er werde zustimmen.

Der Schützenverein betreibe eine Sportdisziplin mit Jugendbildung. Er sehe dies als förderungsfähiges Sportgerät, so Stadtrat **Heer**.

Man schieße nicht mit Sportgeräten, sondern mit Waffen und dies solle nicht mit öffentlichen Geldern gefördert werden, merkt Stadtrat **Kube** an. Er werde die Vorlage deshalb ablehnen.

Im Anschluss lässt EBM **Seigfried** über die Vorlage abstimmen.

Beratungsverlauf:

Frau **Schmetz** und Herr **Brändle** (Fachbereich Bildung und Familie) stellen den Ausbauplan der Kindertageseinrichtungen in der Stadt Ludwigsburg für die Jahre 2018 bis 2028 anhand einer Präsentation vor, die dieser Niederschrift beiliegt.

Frau Schmetz informiert, dass im laufenden Kindergartenjahr es nicht ausreichend Plätze gebe. Eine Erhöhung der Gruppenstärke um 1 Kind sei geplant. Hier müsse das Ergebnis des Paktes für Bildung und Betreuung abgewartet werden. Es laufen Verhandlungen mit den Trägern.

Herr Brändle stellt die einzelnen Maßnahmen vor. Der Ausbauplan sei in drei Kategorien eingeteilt. Diese seien Maßnahmen in der Umsetzung, Planung und Vorplanung. Er geht auf die Rahmenbedingungen und die Planungsgrundsätze für die weiteren Maßnahmen, die dem Ausbauplan zugrunde gelegt wurden, ein.

Frau Schmetz merkt an, dass noch zusätzliche Maßnahmen gebraucht werden. Mit diesem Programm seien die konkreten Maßnahmen vorgestellt worden.

EBM **Seigfried** geht auf die Vorlage ein, in der die Einschätzung der Situation aufgrund der Prognosen gut dargelegt worden sei. Er fügt hinzu, dass die Wohnbaulandentwicklung in die Prognose einfließe. Der Trend gehe momentan zu mehr Kindern. Dennoch gebe es den Effekt des Wegzuges von Familien, da kein angemessener Wohnraum zur Verfügung stehe. Im Bereich Wohnbau müsse man tätig werden. Es sei der Mittelstand betroffen. EBM Seigfried halte es durchaus für vertretbar, dem aktuellen Bedarf durch eine Erhöhung der Gruppenstärke von einem oder zwei Kindern zu begegnen. Dennoch müssen Maßnahmen getroffen werden. Ebenso müsse dem Fachkräftemangel entgegengewirkt werden. Er hoffe auf unkonventionelle Lösungen. Die Träger seien hierzu bereit, da ihnen die Not der Eltern bekannt sei.

Stadtrat **Meyer** wünscht sich pragmatische Lösungen. Hier sehe er das Land als mitverantwortlich. Der aktuelle Stand sei in der Präsentation gut dargestellt worden. Bei der Darstellung bis im Jahre 2023 sei Unvorhergesehenes nicht abgedeckt. Er spricht seinen Dank an die vielfältigen Träger und Partner aus. Es gebe einen Rechtsanspruch, dem man sich stellen müsse. Man wolle die jungen Familien nicht verlieren, sondern in Ludwigsburg halten. Weiter will er wissen, ob die Projekte im Haushalt aufgenommen seien und ob die aktuellen Bauten belegt seien. Hier spricht er den Fachkräftemangel an. Man brauche eine Kostenminimierung, der hohe Standard könne nicht gehalten werden. Bei Neubaugebieten sollten Kindernester berücksichtigt werden.

Die große Trägervielfalt sei von Vorteil, so Stadtrat **Kasdorf**. Die bestehenden Einrichtungen zu erweitern, sei sinnvoll. Eine Einrichtung im unteren Bereich Schlösslesfeld solle angedacht werden. Der Wohnungsmarkt sei rar und der Wegzug junger Familien enorm. Er spricht sich für eine stärkere Gewichtung der Sozialpunkte für Familien mit Kindern aus.

Stadtrat **von Stackelberg** merkt an, dass man eine wachsende Kommune mit einem hohen Zuzug sei. Man müsse sich schnell aufstellen. Die Verknüpfung mit den stadtplanerischen Ideen sei gut. Weiter spricht er die Haushaltslage an und ist auf den Haushaltsentwurf gespannt. Er sei dafür, dass keine Vorzeigeprojekte gebaut werden und man von einigen Standards abrücke. Verzögerungen sollen möglichst umgangen werden und spricht insbesondere die Verzögerungen bei der Tagesstätte TakatukaLand an. Er wünsche sich weiterhin zeitnahe Informationen.

Ludwigsburg habe in der Vergangenheit viele Aufgaben erledigt und diese herausragende Arbeit, vor allem im Bereich Bildung, zeige Wirkung, so Stadträtin **Moersch**. Sie freue sich über kinderreiche Familien. Es gebe ein herausragendes Kulturangebot. Das hohe Niveau könne künftig nicht mehr gestemmt werden. Sie hoffe, dass die Ansprüche und Erwartungen der Eltern geleistet werden könne. Es werde ein qualitätsvoller Wohnraum für Familien gebraucht.

Stadtrat **Heer** greift das Thema Betreuungsplätze heraus. Über ein entsprechendes Programm mit Standardbauten und Modulen solle nachgedacht werden. Erfolgreich habe man bereits Schulanbauten umgesetzt. Dies könne ebenso im Kindergartenbereich eingesetzt werden. Es sollen ausreichend Kita Plätze zu Verfügung stehen.

Stadtrat **Weiss** wünscht sich mehr Informationen zur Finanzierung. Zudem solle man zwischen Kür- und Pflichtaufgaben unterscheiden. Er sieht die Verantwortung ebenso beim Gemeinderat, nicht nur bei der Verwaltung.

Frau **Schmetz** geht auf die offenen Fragen ein. Maßnahmen seien bis zum Jahre 2022 in der mittelfristigen Finanzplanung als Haushaltsmittel eingestellt, soweit die Kostenhöhe bekannt ist. Zudem gebe es noch weitere Maßnahmen ohne vorliegende Kostenkalkulation, insbesondere Umbaumaßnahmen. Bei den genannten 27 Millionen handelt es sich um die reinen Investkosten. Dies seien die Kosten nach jetzigem Planungsstand für 770 Plätze, die in der Planung seien.

Stadtrat **Weiss** fordert einen Acht- bis Zehnjahresplan.

Alle Plätze die zur Verfügung stehen seien ausgebucht, so Frau **Schmetz**. Sobald genug Personal vorhanden sei, werde die zusätzliche Gruppe in der Hartenecker Höhe wiedereröffnet. Kindernester seien Standard. Jährlich werden als Zielmenge ein bis zwei Kindernester ausgebaut.

Stadtrat **Link** ist der Meinung, dass die baulichen Maßnahmen gestemmt werden können. Er sehe die Problematik im Personalmangel und fragt nach den Möglichkeiten zur Behebung.

EBM **Seigfried** fügt hinzu, dass die Bewerber auf die Rahmenbedingungen achten. Man arbeite derzeit personell im Unterhang.

Frau **Schmetz** geht auf die Personalwerbemaßnahmen ein und ergänzt, dass viel in Ausbildung investiert werde. Man wolle dem Fachkräftemangel entgegenwirken. Ein Schnupperpraktikum bringe nur bedingt Erfolg. Wirkung zeige die Investition in das Freiwillige Soziale Jahr und Bundesfreiwilligendienst.

EBM **Seigfried** informiert, dass die Verzögerungen bei TakatukaLand rein baurechtlicher Art sei und schließt diesen TOP.

Beschlussempfehlung:

Die Grenzen der Grundschulbezirke basierend auf der Schulbezirkssatzung vom 31.03.1982 werden entsprechend der Neufassung in Anlage 1 und den Plänen in Anlage 2 und Anlage 3, die Bestandteil der Satzung sind, wie folgt neu festgelegt:

1. Die Änderungen nach Anlage 2 der Schulbezirkssatzung sind gültig für alle Neuanmeldungen ab dem Schuljahr 2020/21.
2. Die Änderungen nach Anlage 3 der Schulbezirkssatzung sind gültig für alle Neuanmeldungen ab dem Schuljahr 2022/23.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst und geht als Empfehlung an den Gemeinderat.

Nicht anwesend: Stadträtin Orzechowski
Stadträtin Steinwand-Hebenstreit

Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** begrüßt die anwesenden Schulleiter und eröffnet die Aussprache, nachdem kein Sachvortrag gewünscht ist.

Stadtrat **Meyer** werde der Vorlage zustimmen. Die Maßnahme sehe er als notwendig, sinnvoll und bringe viele Vorteile. Ihm sei bewusst, dass dieses Thema in Abhängigkeit mit der Erstellung der Schulräume stehe.

Der Zuschnitt habe sich abgezeichnet, so Stadtrat **Kasdorf**. Die Verwaltung habe frühzeitig darauf hingewiesen und sensibilisiert. Durch biregio sei man gut beraten. Eine frühzeitige Aufklärung der Öffentlichkeit müsse erfolgen. Der Neuzuschnitt funktioniere nur mit der Fuchshofschule er und hoffe, dass es keine Verzögerung gebe. Er erwarte, dass die Schule nachhaltig, zukunftsweisend und mit einem zeitgemäßen Raumprogramm geplant werde. Er stimme gerne zu.

Die stufenweise Umsetzung der Neuplanung sei ein guter Weg und er werde gerne zustimmen, so Stadtrat **von Stackelberg**. Kritischer Punkt sei die Südstadt und die Schaffung einer möglichst guten Anbindung.

Ebenso ihre Zustimmung gibt Stadträtin **Moersch**. Es habe einen guten Vorlauf gegeben. Es werde eine Umorientierung der Eltern geben, dies werde nicht nur Zuspruch finden. Die Eltern sollen rechtzeitig über die Veränderung informiert werden.

EBM **Seigfried** gibt dem anwesenden Schulleiter, Herr Bleil, die Gelegenheit sich zu äußern. Dieser bekundet sein Einverständnis mit der Maßnahme. Im Anschluss lässt EBM Seigfried über die Vorlage abstimmen.

Beschlussvorschlag:

1. Umnutzung der Galerie als Lern- und Stillarbeitsbereich

Beratung im Ausschuss Bildung, Sport, Soziales (BSS):

1.1 Der Umnutzung der Galerie des historischen Stadtbades als Stillarbeitsbereich auf Grundlage des beiliegenden Flächenlayouts (Anlage 1) wird zugestimmt.

oder

1.2 Von der Umnutzung der Galerie des historischen Stadtbades wird abgesehen, die Nutzung soll weiterhin auf Basis des Projektbeschlusses (Vorlage 161/17) umgesetzt werden. Hiermit entfällt Beschlusspunkt 1.3 Beratung im BTU.

Beratung im Ausschuss Bauen, Technik, Umwelt (BTU):

1.3 Der Gemeinderat beschließt die Umnutzung der Galerie des historischen Stadtbades für die Einrichtung von Stillarbeitsplätzen auf der Grundlage der beiliegenden Planung mit zusätzlichen Kosten von rd. 400.000 EUR (investiv) und 100.000 EUR (konsumtiv) inklusive 19 % MwSt. (Kostengruppen 200, 300, 400, 500, 600 + 700). Der Weiterbeauftragung der am Projekt „Mensa und Besprechungsräume“ tätigen Ingenieurbüros Appel, IBB und BAUPRO für die Umnutzung der Galerieebene wird zugestimmt.

2. Umnutzung ehemaliger Saunabereich zum zentralen Jugendtreff

Beratung im Ausschuss Bildung, Sport, Soziales (BSS):

2.1 Der Planung für die Umnutzung des ehemaligen Saunabereiches des historischen Stadtbades zum zentralen Jugendtreff wird auf Grundlage des beiliegenden Flächenlayouts (Anlage 2) zugestimmt.

Beratung im Ausschuss Bauen, Technik, Umwelt (BTU):

2.2 Die Verwaltung wird beauftragt, auf Basis des beiliegenden Flächenlayouts (Anlage 2) eine Entwurfsplanung mit Kostenberechnung für die Umnutzung des ehemaligen Saunabereiches zum zentralen Jugendtreff im ehemaligen Stadtbad zu erarbeiten.

Der Vergabe der Planungsleistungen für die Umnutzung des Saunabereichs

- für Heizung, Lüftung, Sanitär (Leistungsphase 1-3) an das Büro Appel, Maybachstraße 13, 71640 Ludwigsburg
- für Elektrotechnik (Leistungsphase 1-3) an das Büro ibb, Karl-Heinrich-Käferle-Straße 6, 71640 Ludwigsburg

wird zugestimmt.

3. Die Finanzierung aller Maßnahmen steht unter dem Vorbehalt der Genehmigung des Haushalts- und Finanzplanes 2019 ff.

Abstimmungsergebnis:

Eine Abstimmung ist nicht erfolgt.

Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** ruft TOP 7 auf.

Er merkt an, dass ein Antrag des Jugendgemeinderates vorliege und begrüßt die drei anwesenden Mitglieder des Jugendgemeinderates. Der Gemeinderat habe dem Jugendgemeinderat die Möglichkeit eingeräumt, zu eigenen Anträgen Stellung zu nehmen. Mit der Vorlage werden zwei Themen angesprochen. Zum einen die Frage der Nutzung der Galerie als Lern- und Stillarbeitsbereich, somit eine Erweiterung des bisherigen Planes und zum anderen der Wunsch des Jugendgemeinderates den Saunabereich in einen zentralen Jugendtreff umzugestalten, gekoppelt an den Abbruch des Gebäudes PaSta. Somit eine Optimierung des Schulbereiches mit des Jugendbereiches und eine Doppelnutzung der Mensa. Heute solle eine Entscheidung über die Galerie und die Umnutzung des Saunabereiches getroffen werden. Zudem sei ein Förderantrag im Rahmen des Programmes „Zukunftsstadt“ gestellt worden.

Frau **Barnert** (Fachbereich Hochbau und Gebäudewirtschaft) erläutert nochmals das Projekt anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt. Die Galerie sei ein großes Thema. Beim vorherigen Ortstermin konnte man die aktuelle Baustelle in Augenschein nehmen. Das Raumgerüst sei mittlerweile ausgebaut, sowie eine Akkustikdecke eingebaut worden. Die Umbaumaßnahmen laufen bisher gut, so Frau Barnert. In den entsprechenden Nebenräumen können Sanitär- oder Coaching-Räume eingerichtet werden. Man wolle viele alte Bauteile erhalten. Sinnvoll sei die Galerie ebenso zu realisieren, da diese direkt mit dem Speisebereich verbunden sei. Die investiven Kosten sind in Höhe von 400.000€ zusammengestellt worden. Man sei in enger Abstimmung mit dem Fachbereich Bildung und Familie. Vor Ort wurde festgestellt, dass viele konsumtive Maßnahmen zu machen seien. In der Vorlage waren 100.000€ für die konsumtiven Finanzmittel vorgesehen, das sei der reine Bauunterhalt. Es gebe ein großes Potential für die über 3000 Schüler, die im Innenstadtcampus seien und sich dann auch auf der oberen Fläche aufhalten können. Wenn der Bereich nicht genutzt werde, müssen die Kabel gesichert werden. Um die Kosten zu senken schlägt sie eine Alternative vor. Hier seien vorbereitende Maßnahmen in Höhe von 150.000€ durchzuführen. Es könne eine abgehängte Decke mit entsprechender Beleuchtung installiert und die Kabel in einen Kabelkanal eingeführt werden. Den Boden könne man „werkstattmäßig, roh“ belassen. Das Mobiliar könne man aus dem vorhandenen Fundus des Fachbereichs Bildung und Familie nehmen, so Frau Barnert. Zudem müsse noch ein zweiter Fluchtweg geschaffen werden. Sofern das Gremium sich hierfür ausspricht, könne das Baugesuch im November eingereicht werden. Dann könne die Werkplanung und die Baumaßnahme im Speisebereich fortgeführt werden. Weiter geht sie auf die Zeitschiene ein. Die Baumaßnahmen könnten je nach Umfang im April oder Sommer nächsten Jahres abgeschlossen sein.

In zweiten Teil der Vorlage gehe es um die Umnutzung des ehemaligen Saunabereich in einen zentralen Jugendtreff. Dieser Raum würde sonst ungenutzt bleiben. Das Schüler Café sei in einem

maroden Zustand. Zudem gebe es eine Baugenehmigung bis zum Jahr 2020. Im Untergeschoss müssten entsprechende Eingriffe, wie der Brandschutz durchgeführt werden. Viele Einbauten wolle man belassen. Nach Erhalt des Planungsauftrages würde ein mündlicher Bericht im Frühjahr erfolgen. Ende des Jahres 2019 könne der Baubeginn sein. Ein möglicher Betrieb September 2020. Im Anschluss stehen weitere Maßnahmen, wie Rückbau PaSta, Fassade, Außenanlagen, sowie direkte Verbindung zwischen den Schulhöfen, an.

EBM **Seigfried** bedankt sich und eröffnet die Aussprache.

Stadtrat **Meyer** äußert sich kritisch. Die Vorstellung sei kreativ und voller Ideen. Er könne hier dennoch nicht mitgehen. Die Prioritätslisten sollen beachtet werden. Man müsse sich um die Pflichtaufgaben kümmern. Bei der Übernahme des Stadtbades sei von einer anderen Grundlage ausgegangen worden. Bei der Unterbringung der Mensa sei man von einer kleinen Maßnahme ausgegangen. Er hält fest, dass er den Jugendgemeinderat sehr gut verstehe. Er bittet den Jugendgemeinderat um Verständnis, dass vorrangig die Pflichtaufgaben erfüllt werden müssen. Zudem gebe es mit der „Villa“ einen Jugendtreff. Seine Fraktion werde keinem der beiden Vorschläge zustimmen. Gerne könne diese Maßnahme in der nächsten Haushaltsperiode aufgenommen werden.

Es solle über die Sinnhaftigkeit der Nutzung in pädagogischer Hinsicht gesprochen werden, dies sei Aufgabe des BSS, so Stadtrat **Prof. Vierling**. Das Nutzungskonzept sehe vor, dass es keine Leerstände gebe. Heute gehe es um Funktionsräume. Man müsse sich auch mit den Forderungen des Jugendgemeinderates auseinandersetzen. Zudem brauche man einen Ersatz für das PaSta. Die Integration der Jugendräume in das schulische Umfeld sei ein attraktives Modell. Es gehe auch um die sinnvolle Nutzung dieses Schmuckstückes. Es sei nicht adäquat, wenn dieses Gebäude ungenutzt bliebe.

In Bezug auf die Galerie könne er noch nicht sagen, welche Option er für erforderlich halte. Man solle die OECD-Studie nicht außer Acht lassen, das häusliche Umfeld sei nicht für jeden ideal. Gerade die Schule müsse hier Angebote, auch gegen das soziale Gefälle, machen. Die Erhöhung der Ausgaben der Stadt sei sicherlich ein Problem, es müsse aber geschafft werden, dies in die Prioritätenliste einzuordnen. Bildung und Betreuung sollten an erster Stelle stehen. Dennoch dürfe dies keinen Aufschub anderer wichtiger Projekte zur Folge haben. Die Finanzierungsverantwortung sehe er bei der Stadtverwaltung. Wenn die Verwaltung diese Maßnahmen vorschlägt, gehe er davon aus, dass die Verwaltung eine Finanzierungsidee habe. Aufgrund der Generationengerechtigkeit müsse auch Verschuldung akzeptiert werden. Die nächste Generation müsse hierfür eben später auch eine Steuererhöhung in Kauf nehmen. Er sehe es nicht für unmoralisch für Projekte der Bildung und Betreuung Schulden aufzunehmen.

Professor **von Stackelberg** sagt, sie würden sich in einer Quadratur des Kreises bewegen. Die SPD hätte sich auf Grund der Kostenerhöhung gegen die ursprüngliche Galerielösung entschieden. Man dürfe sich nicht in neue Finanzierungsfallen begeben. Die günstigere Alternativlösung wolle er in der Fraktion nochmal beraten. Des Weiteren muss das Problem PaSta gelöst werden, hier wolle er genaue Informationen über die Kosten. Er schlägt vor, dass in den Fraktionen nochmal beraten werde. Im zweiten Punkt würde er den Jugendgemeinderat gerne unterstützen, dennoch benötige er weitere Informationen zu den Kosten. Heute könne er Ziffer 1 nicht zustimmen.

Stadtrat **Weiss** stellt in den Raum, dass der Ausschuss heute nicht beschließen könne.

EBM **Seigfried** merkt an, dass zwei neue Aspekte eine Rolle spielen. Der erste Aspekt sei, der

Sanierungsbedarf, der mit dem Bauunterhalt zutun habe. Dies sei am Anfang nicht klar gewesen, da nur der untere Bereich genutzt werden sollte. Der zweite Aspekt sei, dass in Zusammenarbeit mit dem Projekt „Zukunftsstadt“ die Verknüpfung mit dem Jugendtreff entstanden sei. Das Problem sehe er in der Haushaltssituation. Es sei darüber nachgedacht worden, im oberen Bereich sich auf die Vintage-Lösung zu einigen. Dies bedeute, dass vieles so bleiben würde wie es ist und die Kosten auf 150.000€ reduziert werden könne. Man habe einen Förderantrag gestellt. Dieser orientiere sich an der Fläche. EBM Seigfried wolle sich erneut mit dem Regierungspräsidium in Verbindung setzen und klären, ob eine Förderung für die weitere Fläche möglich sei. Weiter müsse eine Lösung für den Jugendtreff gefunden werden. EBM Seigfried sagt zu, die Fördersumme abzuklären und das Thema erneut in die Beratung zu geben.

Stadtrat **von Stackelberg** merkt an, dass die Fachabteilung in der Lage sein sollte, höhere Kosten oder Sanierungsbedarf bereits zu einem früheren Zeitpunkt festzustellen und mögliche Risiken zu erkennen. Hier sei man in einer Erklärungsnot.

EBM **Seigfried** bemerkt, dass bei einem Altbau häufig Mängel erst beim Abbau bemerkt werden.

Stadtrat **Kube** möchte anregen, dass in Zukunft Tagesordnungspunkte, die den Jugendgemeinderat betreffen, früher besprochen werden sollen und dieser hier nicht warten müsse.

Stadtrat **Meyer** antwortet, dass die Teilnahme an einer Sitzung mit den Themen zu Bildung und Schule für den Jugendgemeinderat interessant sei.

Stadtrat **Heer** hätte heute ebenso dieser Vorlage nicht zugestimmt und bemängelt ebenso die Vorgehensweise des häufigen Nachschiebens weiterer Kosten. Weitere Informationen wolle er noch zu dem Projekt Saunabereich. Er wünsche eine Vertagung.

Mit der Vorlage wolle man lediglich einen Planungsbeschluss für das Stadtbad, so Frau **Barnert**. Hierfür seien im städtischen Haushalt Mittel eingestellt. Weiter geht sie auf Seite 8 und 9 der Vorlage ein. Hier gehe es um die Gesamtkosten der Galerie als Stillarbeitsbereich. Der konsumtive Bereich sei reiner Bauunterhalt, der realisiert werden müsse. Der zweite Bereich sei die Umnutzung des Saunabereiches. Weiter geht sie auf den Projektfahrplan ein. Sofern ein Planungsauftrag erfolge, werde man in die Vorplanung mit Kostenschätzung gehen.

Stadtrat **Heer** geht erneut auf die Kosten für die Umnutzung des Saunabereiches ein.

Stadträtin **Moersch** merkt an, dass man dringend Räume für die Jugendlichen brauche. Zudem sei der Abbruch des Gebäudes PaSta überfällig. Man solle den Jugendlichen die Möglichkeit zur Einbringung geben. Sie hätte heute der Vorlage und dem Planungsbeginn zugestimmt. Dann könne eine Kostenschätzung vorgelegt werden. Die Kosten sollen niedrig gehalten werden.

Herr **Liberto** (Jugendgemeinderat) bedankt sich für das Lob. Seine Stellungnahme wolle er heute nicht verlesen, da das Thema vertagt werde.

Stadtrat **von Stackelberg** will anmerken, dass der Gemeinderat den Beschluss für das Stadtbad vermutlich nicht getroffen hätte, wenn damals die hohen Kosten für den Umbau des Stadtbades bekannt gewesen wären.

EMB **Seigfried** erinnert, dass die Verwaltung nur Mittel ausbe, die beschlossen seien.

EBM **Seigfried** stellt fest, dass noch weiterer Informationsbedarf bestehe und vertagt die Beratung. Das Gremium zeigt sich hiermit einverstanden.

Beratungsverlauf:

Nachdem kein Sachvortrag vorgesehen sei, eröffnet EBM **Seigfried** die Aussprache.

Stadträtin **Moersch** will wissen, wie die Stelle besetzt werde und ob eine Ausschreibung erfolge.

Frau **Müller** (Fachbereich Bürgerschaftliches Engagement und Soziales) teilt mit, dass die Stelle momentan intern ausgeschrieben werde. Um Fördergelder zu erhalten, müsse die Stelle im Jahre 2018 besetzt werden.

Stadtrat **von Stackelberg** merkt an, dass ein Teil bezuschusst werden müsse. und fragt, ob sich hierdurch einen entsprechenden Mehrwert ergebe. Wenn ja, wolle er diese Maßnahme gerne unterstützen. Nähere Information wünsche er zur bestehenden Struktur oder Neuaufbau der Stelle.

Stadtrat **Meyer** will wissen, ob es sich um eine neugeschaffene Stelle handelt und ob diese beschlossen worden sei und befürchte, dass diese später entfristet werde. Weiter interessiere ihn, ob die angegebene Summe jährlich anfalle oder den Zeitraum von drei Jahren betreffe.

EBM **Seigfried** informiert, dass bei einer Entfristung der Gemeinderat beschließen. Man habe die Möglichkeit die Integrationsarbeit durch das Land gefördert zu werden. Er freue sich über diese Förderung.

Frau **Müller** (Fachbereich Bürgerschaftliches Engagement und Soziales) geht auf die Verwaltungsvorschrift und die Mitteilungsvorlage ein. Der Bedarf besteht, dies habe das Land ebenso gesehen und die Förderung bewilligt.

Kritisch äußert sich Stadtrat **Weiss**. Es seien mehrfach befristete Stellen mit Förderung eingerichtet und nach Ende dieser Förderung das Personal weiter behalten worden. Hierzu sei der Gemeinderat nicht angehört worden.

Offen und transparent werden im Stellenplan die Stellen angemeldet, so EBM **Seigfried**.

Stadtrat **Heer** stellt die Frage, ob Personal auch transferiert werden könne, wenn die Befristung auslaufe.

Stadtrat **von Stackelberg** spricht den Personalplan an, dieser sei sehr komplex und teilweise pauschal.

Dieses Thema solle im Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung angesprochen werden, so EBM **Seigfried**. Im Detail müsse der Fachbereich Personal präzisere Informationen zur Entfristung von Stellen aufzeigen. Im Anschluss schließt EBM Seigfried diesen TOP.

abweichender Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, vorbehaltlich der Bereitstellung von Haushaltsmitteln, ~~einen~~ **zwei** semi-stationären Geschwindigkeitsmessanhänger mit ~~einem Messeinschub~~ **Messeinschüben** und ~~drei~~ **zwei** stationäre Geschwindigkeitsmessenanlagen (Säulen) mit ~~einem Messeinschub, der~~ **wechselweise eingesetzt wird, Messeinschüben** zu beschaffen.

Der Ausschuss für Bildung Sport und Soziales empfiehlt die erforderlichen Haushaltsmittel bereitzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der geänderte Beschluss wird mit 7 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Link
Stadträtin Orzechowski
Stadträtin Steinwand-Hebenstreit

Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** ruft TOP 9 auf.

Stadtrat **von Stackelberg** wirft ein, dass sie in der Fraktion aufgrund der vielen Sitzungen nicht mit allen Themen durchgekommen seien. Dieser TOP konnte nicht beraten werden. Er stellt die Frage, ob dieses Thema eine dringende Entscheidung brauche.

Stadtrat **Meyer** merkt an, dass dieses Thema in den Haushalt eingehe. Es solle zumindest darüber gesprochen werden. Man habe die Möglichkeit zur Enthaltung.

Herr **Mayer** (Fachbereich Sicherheit und Ordnung) geht auf den LKZ-Artikel zu „Ludwigsburgs fiesester Parkfalle“ ein. Er sehe es als Schutz für den genannten Bereich. Die drei Wohnstraßen würden ansonsten komplett zugeparkt werden. Er sehe das Problem in der Parkraumbewirtschaftung und der Anliegerregelung, da diese sich hier überschneiden. Auch Besucher der Anwohner dürfen parken, diese müssen lediglich einen Parkschein lösen. Es sei nicht ganz einfach, aber dennoch eine klare Regelung.

Stadtrat **Kasdorf** merkt an, dass der Anwohnerantrag nicht zeitgemäß und aufwendig sei. Er bitte die Verwaltung sich zu überlegen, dies nicht auf zwei oder drei Jahre auszuweiten.

Stadtrat **von Stackelberg** meint, die Aufschrift auf dem Parkautomaten sei sehr verwirrend. Man dürfe nur einen Parkschein in Verbindung mit einem Anwohnerausweis lösen.

Stadtrat **Kasdorf** ergänzt, dass viele auf der Suche nach einem Parkplatz seien und diesen oft auch dringend brauchen. Man würde die hohen Schilder schnell übersehen. Dies müsse aber vor Ort geklärt werden.

Stadträtin **Deetz** berichtet aus eigener Erfahrung, die Tiefgarage würde nicht ausreichen.

EBM **Seigfried** beendet dieses Thema und kündigt einen Ortstermin an. Er gibt das Wort an Herrn Mayer weiter.

Herr **Mayer** stellt nochmal die bisherigen Standorte der Blitzanlagen vor. Drei reine Rotlicht-Überwachungsanlagen, 12 Geschwindigkeitsmessenanlagen, zwei Kombianlagen sowie zwei mobile Anlagen seien im Einsatz. Nun ginge es um eine sinnvolle Erweiterung. Zu den Vorschlägen der Bürger in der Vorlage seien noch weitere vom Stadtteilausschuss Weststadt für die Schwieberdinger Straße dazugekommen. Neu seien die semistationären Anlagen. Dies sei eine Mischung aus mobiler und stationärer Anlage. Diese sei gut bewährt und man könne allen Wünschen nachkommen, da die Anlage nach mehreren Wochen den Standort wechseln könne. Der dringlichste Standort sei die Hohenzollernstraße, dort könne man sich gut eine Messanlage zusammen mit einer LKW-Durchfahrtsverbot Messung vorstellen.

EBM **Seigfried** merkt an, es sei schwer festzustellen, ob es sich um einen zulässigen LKW handelt oder nicht. Die Nachbearbeitung sei zwar aufwendig aber wichtig.

Der zweitwichtigste Standort, so Herr **Mayer**, sei die Stuttgarter Straße am Ortsausgang. Hier sei der Wunsch nach einer stationären Anlage groß. Die dritte Priorität sei die Friedrichsstraße. Möglich sei auch die Schwieberdinger Straße, wie der Stadtteilausschuss gefordert habe oder die Neckarstraße. Hier sei man flexibel.

EBM **Seigfried** merkt an, dass auch wechselnde Einsätze möglich seien. Es solle in einem angemessenen Verhältnis bleiben, da die Anlagen sehr teuer seien. Mit dem Anhänger sei man flexibel und könne diesen verkehrsbedingt einsetzen.

EBM **Seigfried** eröffnet die Aussprache.

Stadtrat **Meyer** merkt an, dass die Maßnahmen für den Haushalt 2019 in der Vorlage nicht

dargestellt worden seien und fragt nach den Kosten. Man müsse auf die Wünsche der Bevölkerung eingehen. Er bemängelt, dass die Schlieffenstraße fehle, obwohl diese genannt worden sei. Weiter geht er auf das Problem der Poser in der Wilhelmstraße und die Radfahrer, die in der Fußgängerzone keine Rücksicht auf Fußgänger nehmen ein. Darauf müsse in Zukunft mehr geachtet werden. Er sei der Meinung, man müsse die Innenstadt durch Kontrollen oder Tempo 30/h verbessern.

Stadtrat **Kasdorf** spricht als weitere häufige Unfallursache das Mobiltelefon, wie auch die erhöhte Geschwindigkeit an. Eine dichte Verkehrsüberwachung sei enorm wichtig. Er halte die Hohenzollernstraße, die Neckarstraße sowie die Markgröninger Straße und Schorndorfer Straße für sinnvoll. Zudem sei sinnvoll alle Zufahrtsstraßen nach Ludwigsburg zu kontrollieren. Seine Fraktion stimmt der Vorlage gerne zu.

Stadtrat **von Stackelberg** gibt ein vorläufiges Statement ab und könne den zwei neuen Anlagen zustimmen. Es solle nicht der Eindruck einer Überregulierung entstehen. Sicher werden diese Maßnahmen nicht überall auf Akzeptanz stoßen. Es gebe noch sehr viele weitere Problemstellen. Er merkt das Problem des Verkehrsleitsystems an. Daran müsse auch schnell weitergearbeitet werden. Bereits in der Vergangenheit habe seine Fraktion einen Antrag auf die unkomplizierte Variante einer einheitlichen Zone 30 in der Innenstadt gestellt.

Frau **Moersch** könne dem Vorschlag der Verwaltung folgen. Dies sei längst überfällig. Auch sie würde der 30-Zone in der Wilhelmstraße zustimmen. Des Weiteren stimme sie Stadtrat Meyer zu, auch die Radfahrer müssen mehr kontrolliert werden. Als dritten Standort würde sie die Schwieberdinger Straße oder Odenheimer Straße vorschlagen. Sie werde den mobilen Anlagen ebenso zustimmen.

Ebenso zustimmen werde Stadtrat **Heer**. In der Schwieberdinger Straße würde er eine stationäre Anlage vorschlagen, da hier ein Unfallschwerpunkt sei.

Herr **Kube** stimmt der Vorlage zu. Ein Problem sehe er auch in den Zebrastreifen, die viele Autofahrer nicht beachten. Weiter stellt er das Thema der Autofreien Innenstadt in den Raum.

Stadtrat **Dengel** fragt, wie lange es dauere bis sich die Anlagen amortisieren.

Stadträtin **Deetz** berichtet von der Theodor-Heuss-Straße in Stuttgart, in der zwei Blitzer aufgestellt wurden, damit Raser direkt erkannt werden. Die Autofahrer fahren mittlerweile diszipliniert.

Herr **Mayer** geht auf die offenen Fragen ein. Die Kosten für den Anhänger würden 135.000€, für eine Säule 40.000€ und ein Messeinschub für eine Säule ebenso 40.000€ betragen. Jährlich wurden 100.000€ für die Anlagen eingestellt, 2019 könne man aber noch Haushaltsreste von 2018 übernehmen. Nach seinen Kalkulationen würde es für den Anhänger und eine Säule jedoch ohne Messeinschub reichen. Ein weiterer Vorschlag seien drei Säulen mit einem Messeinschub, jedoch ohne Anhänger. Diese würden sich schnell amortisieren. Es komme auf den Standort an. Er betone, dass Fahrradfahrer in der Fußgängerzone auf ihr Fehlverhalten angesprochen werden würden.

Stadtrat **Meyer** schlägt vor, die beiden Säulen in der Hohenzollern- sowie Stuttgarter Straße aufzustellen und zwei der semi-stationären Anlagen zu kaufen, da man diese an verschiedenen Standorten testen könne. Er bitte die Verwaltung um Prüfung der Tempo 30 Verkehrsschilder sowie der grünen Wellen. Es sei wichtig, in Tempo 30 Zonen, die grüne Welle entsprechend einzustellen.

EBM **Seigfried** greift den Vorschlag von Stadtrat Meyer auf und formuliert den Beschlussvorschlag in zwei feste Messanlagen und zwei mobile Anlagen zusammen. Dies seien 430.000€ zusammen. Bisher hätte man 175.000€. Es müssten als Konsequenz 255.000€ zusätzlich in den Haushalt aufgenommen werden.

Stadtrat **Weiss** könne dem Vorschlag folgen und weist nochmal auf die LKW Fahrverbote von Poppenweiler nach Marbach hin. Zudem solle man Herrn Ressler zum Thema Geschwindigkeit einladen und mit ihm abstimmen, auch hinsichtlich des Schadstoffausstoßes.

Stadtrat **von Stackelberg** weist darauf hin, dass in der Schwieberdinger Straße nicht nur die Geschwindigkeit, sondern auch die Abbiege-Konstellationen problematisch seien. Er möchte den neuen Vorschlag erst nochmal in der Fraktion besprechen. Man müsse auch erst Erfahrungen sammeln, an welchen Standorten eine Anlage sinnvoll sei.

EBM **Seigfried** merkt an, dass er keine Säule ohne Messeinschub beschaffen wolle, ihm sei heute ein Empfehlungsbeschluss wichtig. In den anstehenden Haushaltsberatungen müsse dies beraten werden. Die Missachtung von Regelungen sei bekannt. Hier könne durch stärkere Kontrolle entgegengewirkt werden.

Herr **Kasdorf** würde der Vorlage der Verwaltung zustimmen. Die weiteren Vorschläge sollen für die kommenden Jahre vorgemerkt werden. Möglicherweise seien für weitere Anhänger mehr Mitarbeiter nötig. Man solle erstmal Erfahrungen sammeln.

EBM **Seigfried** formuliert den gestellten Antrag von Stadtrat Meyer auf zwei semi-stationäre Messanhänger und zwei stationäre Säulen unter Bereitstellung der Mittel im Haushalt.

EBM **Seigfried** lässt über die geänderte Beschlussempfehlung wie oben kursiv eingefügt abstimmen. Er weist darauf hin, dass die Mittel im Haushalt bereitgestellt werden müssen und schließt diesen TOP.

Beschluss:

1. Die Spende der Kreisparkasse Ludwigsburg in Höhe von 50.000 EUR wird angenommen.
2. Die Spende der Firma Lapp in Höhe von 10.000 EUR wird angenommen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 12 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Link
Stadträtin Orzechowski
Stadträtin Steinwand-Hebenstreit

Beratungsverlauf:

Nachdem kein Sachvortrag und keine Aussprache gewünscht werden, lässt EBM **Seigfried** über die Vorlage abstimmen und schließt anschließend den öffentlichen Teil der Sitzung. .